

Inhalt

I. Die Zeit heilt nicht alle Wunden!	1
1. Der Fall	1
2. Die Entscheidung	1
3. Fazit	3
II. Neues auf Rehmnetz	3
III. Beamtenblog	3

I. Die Zeit heilt nicht alle Wunden!

von Christian Horvat, Rechtsanwalt
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft

Die „überlange Verfahrensdauer“ und die „rechtsstaatswidrige Verfahrensverzögerung“ begegnen häufig als Argumente der Verteidigung in Strafverfahren, wenn es darum geht, ein möglichst geringes Strafmaß zu erstreiten.

Nach der sogenannten Vollstreckungslösung findet eine solche Verzögerung dadurch Beachtung, dass ein bestimmter Teil der Strafe als bereits vollstreckt bestimmt wird.

Teilweise wird sogar vertreten, die rechtsstaatswidrige Verzögerung könne zu einem Verfahrenshindernis führen. Eine Bestrafung wäre dann aus prozessualen Gründen nicht mehr möglich.

Diesen Gedanken wollte jüngst ein vormaliges im Dienst des Landes Hessen stehender Kriminaloberkommissar zu seinen Gunsten fruchtbar machen.

Erfolg hatte er damit nicht. In seinem lehrreichen Beschluss vom 10.10.2014 hat ihn das Bundesverwaltungsgericht dargelegt, dass schwerwiegende Verfehlungen, die eine Entfernung aus dem Beamtenverhältnis rechtfertigen können, nicht durch Zeitablauf obsolet werden. Die Entscheidung zeigt einmal mehr die unterschiedliche Zielrichtung von Strafverfahren und Disziplinarverfahren auf.

1. Der Fall

Der Beamte war im November 2007 zu einer zehnmonatigen Freiheitsstrafe, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt worden, weil er zwischen November 2001 und März 2004 in 20 Fällen das Dienstgeheimnis verletzt hatte. Für eine Tat sieht § 353 b Abs. 1 StGB bereits eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren vor.

Der Beamte „hatte jeweils vertraulich oder geheim eingestufte Dokumente der Polizei oder des Verfassungsschutzes über Ermittlungen und Erkenntnisse mit islamistischem Bezug einem Journalisten übergeben“.

Die Disziplinaranzeige wurde erst im Januar 2011 erhoben und der Beamte aus dem Dienst entfernt.

Der beklagte und schließlich aus dem Dienst entfernte Beamte zog sodann vor das Bundesverwaltungsgericht. Sein Heil suchte er in der nach seiner Auffassung grundsätzlichen Rechtsfrage, „ob die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis bei der unangemessen langen Dauer des Disziplinarverfahrens wegen der sich daraus ergebenden, vom Dienstherren verursachten Nachteile aus Fürsorgegründen verwirkt sein kann“.

2. Die Entscheidung

Das Bundesverwaltungsgericht hat dem Ansinnen des Beschwerdeführers mit zwei wesentlichen Argumenten eine Absage erteilt.

Zum einen sah es keine grundsätzliche Bedeutung in der von ihm aufgeworfenen Frage. Denn selbige war bereits „ausdrücklich geklärt“.

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlberger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)

Zum anderen vermag die Anwendung der bereits bestehenden Rechtsprechung auf dem Fall den Beschwerdeführer nicht zum Erreichen seines Ziels zu verhelfen.

Die Rechtsprechung hat insofern folgende Grundsätze aufgestellt, die das Bundesverwaltungsgericht auch vorliegend angewendet hat.

„Die gegen Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 EMRK verstoßende unangemessen lange Dauer eines behördlichen oder gerichtlichen Verfahrens kann nicht dazu führen, dass dem Verfahrensbeteiligten eine Rechtstellung zuwächst, die ihm nach dem innerstaatlichen materiellen Recht nicht zu steht.“

Das hat zur Folge, dass ein solcher Verstoß nur zu berücksichtigen ist, wenn dies rechtlich vorgeschrieben oder wenigstens zulässig ist.

Im Hinblick darauf, dass der Zweck der disziplinarischen Sanktionierung nicht in der Vergeltung began-

genen Unrechts, sondern in der Integrität des Berufsbeamtentums und der Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu sehen ist, lässt sich Folgendes ableiten:

Ergibt eine Gesamtwürdigung aller be- und entlastenden Umständen, dass die „Entfernung aus dem Beamtenverhältnis geboten ist, kann nicht davon abgesehen werden, weil das Disziplinarverfahren unangemessen lange gedauert hat [...]“ Ergibt die Gesamtwürdigung dagegen, dass eine pflichtenmahnende Disziplinarmaßnahme ausreichend ist, steht fest, dass der Beamte im öffentlichen Dienst verbleiben kann. Hier kann eine unangemessen lange Verfahrensdauer bei der Bestimmung der Disziplinarmaßnahme aus Gründen der Verhältnismäßigkeit mildernd berücksichtigt werden, wenn das disziplinarrechtliche Sanktionsbedürfnis wegen der mit dem Verfahren verbundenen Belastungen gemindert ist“.



Produkttipp

Gansen

Disziplinarrecht in Bund und Ländern

Kommentar



3660 Seiten
Loseblattwerk in 3 Ordnern
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-3043-9

[\[Mehr Info\]](#)

Auch als Internetlösung verfügbar:
Vierteljahrespreis für 3 Lizenzen –
Mindestvertragslaufzeit 12 Monate
€ 49,99

[\[Mehr Info\]](#)

Das beliebte Standardwerk – jetzt noch praktischer

Unentbehrlich für die Arbeit im Bund und in den Ländern. Der „Gansen“ informiert zuverlässig über die neue Rechtslage. Neben der Kommentierung des BDG sind die Disziplinargesetze der Länder abgedruckt und gegebenenfalls Abweichungen zum BDG kommentiert.

Eine Synopse erschließt die parallelen Paragraphen in Bund und Ländern. Dadurch ist das Werk sowohl im Bund als auch in den Ländern Gewinn bringend einsetzbar. Die für die Arbeit im disziplinarrechtlichen Bereich unverzichtbaren ergänzenden Vorschriften sind ebenfalls alle abgedruckt.

Zusätzlich enthält das Werk verschiedene Mustertexte für Praktiker (z.B. Einleitungs-/Einstellungsverfügung, Ladung, Protokoll, Disziplinarklage) und Schaubilder.



Produkttipp

Schütz/Maiwald

Schütz/Maiwald, Beamtenrecht

Kommentar



Internetausgabe

Vierteljahrespreis für 3 Lizenzen,
Mindestlaufzeit 1 Jahr,
Kündigung 6 Wochen zum
Bezugszeitraumende
€ 139,99
ISBN 978-3-7685-4853-3

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen und des Beamtenstatusgesetzes, ist jedoch auf Grund seines Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.

Bei den Erläuterungen einzelner Paragraphen werden stets Hinweise auf die Parallelvorschriften im Bund und in anderen Ländern angebracht und Abweichungen zum NRW LBG kommentiert.

Über das reine Beamtenrecht hinaus, behandelt das Werk auch Fragen des Besoldungsrechts und des Bundespersonalvertretungsrechts.

Die umfangreiche Kommentierung – unter Verwendung zahlreicher Gerichtsentscheidungen – macht das Werk zusammen mit den wichtigsten Normen des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel für jeden, der sich mit dem Beamtenrecht befassen muss.

3. Fazit

Das Bundesgericht hat also klargestellt, dass in Fällen, in denen der Beamte als solcher nicht mehr tragbar ist, kein Statuserhalt durch etwa zu langsames Agieren des Verwaltungsapparats möglich sein soll.

Vielmehr wird der Betroffene auf Entschädigungsansprüche wegen der unangemessen langen Verfahrensdauer nach §§ 198 ff. GVG verwiesen.

Außerdem werde er „ggf. darauf verwiesen, die sozialrechtlichen Schutzvorschriften in Anspruch zu nehmen“.

Von A10 zu Hartz IV; ein tiefer Fall; der Hinweis des Gerichts auf diese Konsequenz zeigt, dass bei mancher Verfehlung keine Nachsicht mehr erwartet werden kann.

*Dr. Christian Horvat
Rechtsanwalt*

II. Neues auf Rehmnetz

News: [Whistleblowing: Risiko für Beamtinnen und Beamte](#)

News: [Sachsen: Das Sächsische Dienstrechtsneuordnungsgesetz](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Lokführerstreik und Daseinsvorsorge](#)

[Der Münchner im Himmel](#)

[Der öffentliche Dienst ist sexy](#)